

Christoph Egle

Doppelte Öffnung oder ewige Opposition

Die strategischen Koalitionsoptionen der Grünen
im Fünf-Parteien-System

I. Die Rolle der Grünen in einem sich wandelnden Parteiensystem

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2005 manifestierte sich ein deutlicher Wandel des deutschen Parteiensystems. Die Schwäche der Volksparteien und das gleichzeitig starke Abschneiden der Linkspartei riefen gleich drei nennenswerte Veränderungen hervor. Durch die gestiegene Anzahl der im Parlament in relevanter Größe vertretenen Parteien nahm erstens die *Fragmentierung* des Parteiensystems zu, durch das Erstarken einer (linken) Flügelpartei zweitens dessen *Polarisierung* und schließlich wurde drittens die bisherige koalitionspolitische *Segmentierung* in die beiden Lager Schwarz-Gelb vs. Rot-Grün in Frage gestellt. Unklar ist, wie sich diese Veränderungen mittelfristig auf die Regierungsbildung auswirken. Unmittelbar nach der Wahl ließ sich von den rechnerisch möglichen Koalitionen nur eine einzige Konstellation politisch realisieren – die Große Koalition. Es ist jedoch anzunehmen, dass in Zukunft mehrere Koalitionsmöglichkeiten nicht nur arithmetisch, sondern auch politisch denkbar werden. Zwar kann die Frage, ob die Bundestagswahl 2005 tatsächlich eine „critical election“ im Sinne Keys (1955) war, d.h. zu einer dauerhaften Veränderung der Machtverteilung zwischen den Parteien führt, erst in einigen Jahren endgültig beantwortet werden. Es spricht aber einiges dafür, dass die Antwort ein „ja“ sein wird.

Vor diesem Hintergrund und dem Faktum eines zweifach negativen Votums der Wähler – einer Abwahl von Rot-Grün bei einer *gleichzeitigen* Absage an Schwarz-Gelb – erstaunt es nicht, dass die Parteien seit 2005 zwischen Hilflosigkeit und strategischer Neuorientierung oszillieren. Dies wurde nicht zuletzt nach den beiden Landtagswahlen des Jahres 2008 in Hessen und Hamburg deutlich. Die Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition in Hamburg ist ein erstes innovatives Ergebnis dieses Suchprozesses, während der in Hessen zumindest im ersten An-

lauf gescheiterte Versuch der Bildung einer von der Linkspartei unterstützten rot-grünen Minderheitsregierung deutlich macht, dass solche Suchprozesse auch risikoreich sind. Die Erfahrungen dieser beiden Landtagswahlen lassen außerdem vermuten, dass die Regierungsbildung nach der nächsten Bundestagswahl nicht ausschließlich vom Wahlergebnis bestimmt werden wird, sondern von der koalitionspolitischen Flexibilität der Parteien. Somit ziehen in der Bundesrepublik perspektivisch „niederländische Verhältnisse“ ein. Dort sind auf Grund der noch stärkeren Fragmentierung des Parteiensystems die Beziehungen zwischen den Parteien schon länger mindestens so wichtig für die Regierungsbildung wie die Stimmenverteilung, mit der Konsequenz, dass die Wähler kaum direkten Einfluss darauf nehmen können, von welchen Parteien sie nach der Wahl regiert werden. Eine demokratietheoretisch ideale Situation ist das nicht.

Gleichwohl müssen sich nun auch die deutschen Parteien auf eine solche Situation einstellen und werden daher neue Koalitionsoptionen entwickeln. Der folgende Beitrag beschränkt sich diesbezüglich auf die strategischen Optionen der Grünen. Diese stellen zwar die kleinste Fraktion im Deutschen Bundestag, sie wären aber bei den meisten derzeit als Alternative zur Großen Koalition diskutierten Regierungskonstellationen beteiligt. Bei einer zu erwartenden Neuordnung der Koalitionskonstellationen spielen die Grünen also eine entscheidende Rolle.

Welche Koalitionsoptionen können die Grünen in Zukunft wahrnehmen, und mit welchen politischen Implikationen sind diese Optionen jeweils verbunden? Aufbauend auf politikwissenschaftlichen Koalitionstheorien wird in diesem Beitrag die These entwickelt, dass die Grünen nur mit einer Strategie der doppelten Öffnung – d.h. einer Koalitionsbereitschaft gegenüber den Unionsparteien *und* der Linkspartei – sowohl ihre Chancen auf künftige Regierungsbeteiligungen wahren als auch innerparteiliche Konflikte im Zaum halten können.

II. „Inhalte gehen vor Macht“? Zur Ausgangslage der Grünen

Politische Parteien verfolgen in der Regel drei Ziele (Müller/Strøm 1999): Wählerstimmenmaximierung (*vote-seeking*), die Besetzung öffentlicher Regierungsämter (*office-seeking*) und die Umsetzung politischer Programme in Regierungspolitik (*policy-seeking*). Die beiden erstgenannten Ziele sind instrumentell zur Erreichung des dritten, denn nennenswerten Einfluss auf die Regierungspolitik kann eine Partei nur durch eine Regie-

rungsbeteiligung nehmen, und dazu muss sie über einen gewissen Anteil an Wählerstimmen und damit Parlamentssitze verfügen. In der aktuellen Situation des deutschen Parteiensystems können diese drei Ziele allerdings nicht immer gleichzeitig verfolgt werden, sondern in ein Konkurrenzverhältnis geraten. Eine Strategie der Wählerstimmenmaximierung führt nicht automatisch zur Regierungsbeteiligung, wenn z.B. Stimmen in erste Linie vom bevorzugten Koalitionspartner gewonnen werden. Demgegenüber kann eine inhaltlich-programmatische Neuorientierung zwar Stimmenverluste provozieren, aber auch neue Koalitionsmöglichkeiten erschließen. Auf Grund dieser ambivalenten Rolle des *vote-seeking* konzentriert sich dieser Beitrag auf die Dimension des *office-seeking* als Voraussetzung für parteipolitisch motiviertes *policy-seeking*. Der insbesondere von der Grünen-Vorsitzenden Claudia Roth geprägte Slogan „Inhalte gehen vor Macht“ ist in diesem Zusammenhang eine rhetorische Leerformel, denn wer keine Macht (d.h. *office*) hat, kann auch keine Inhalte (*policies*) umsetzen.

Ein weiterer Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Annahme, dass die Grünen bis zur Bundestagswahl 2009 zwangsläufig neue Koalitionsmöglichkeiten jenseits von Rot-Grün entwickeln müssen, wenn sie nicht lange Zeit politisch machtlos bleiben wollen. Nach der Regierungsbeteiligung der Jahre 1998-2005 können die Grünen aber nur noch die Rolle einer potenziellen Regierungspartei spielen, als permanente Oppositions- und damit Protestpartei werden sie – insbesondere neben der Linkspartei – nicht gebraucht. Für eine Erweiterung der Koalitionsmöglichkeiten spricht noch ein weiteres Argument. 2005 verlor Rot-Grün die arithmetische Mehrheit, inhaltlich-konzeptionell war das „rot-grüne Projekt“ bereits 2002 zu Ende. Tatsächlich waren diejenigen Politikfelder, in denen in der ersten Amtsperiode der Regierung Schröder „rot-grüne“ und insbesondere „grüne“ Spuren hinterlassen wurden, nach 2002 von Stagnation und Rückschritt gekennzeichnet (vgl. die Beiträge in Egle/Ostheim/Zohlnhöfer 2003 und Egle/Zohlnhöfer 2007). Und für die Sozialstaatsreformen der Agenda 2010, dem „Vermächtnis“ der zweiten rot-grünen Amtsperiode, wurden weder SPD noch Grüne (wieder) gewählt.

Hinsichtlich dieser Notwendigkeit einer koalitionspolitischen Neuausrichtung befinden sich die Grünen in einer nicht ungünstigen Lage. Von den aktuellen drei Oppositionsparteien spielen nur die Grünen bei allen zur Zeit als Alternative zur Großen Koalition diskutierten Dreierbündnissen eine Rolle, d.h. sie verfügen über eine größere potentielle Verhandlungsmacht als FDP und Linkspartei.¹ Doch selbst wenn es 2009 wider

Erwarten eine rot-grüne Mehrheit geben sollte, würde sich die strategische Situation der Grünen gegenüber der SPD deutlich verbessern, wenn sie glaubhaft mit der Bildung einer schwarz-grünen oder einer Jamaika-Koalition drohen könnten. Die „babylonische Gefangenschaft“ der Grünen bei der SPD (Poguntke 1999) scheint zu Ende, und es wäre unklug, diese neu gewonnene Freiheit nicht zu nutzen. Tatsächlich agierten die Grünen auf Grund der asymmetrischen Koalitionsoptionen zur SPD in der Vergangenheit oft nur als „Koalitionsakteur dritter Klasse“ (Raschke 2003: 80) und wurden folglich von Gerhard Schröder durchgängig schlechter behandelt als seinerzeit die FDP von Helmut Kohl (Egle 2008: 217ff.). In diese Argumentation fügen sich die Erkenntnisse grüner Kommunalpolitiker ein, die bereits mit der SPD und mit der Union Erfahrung sammeln konnten. Übereinstimmend wird berichtet, dass sich die Union – im Gegensatz zur SPD – an gemeinsam getroffene Absprachen halte. Dies ist wohl kaum mit unterschiedlich ausgebildeten Sekundärtugenden bei den Amtsträgern beider Volksparteien zu erklären, sondern vielmehr mit dem ersten Lehrsatz der Koalitionstheorie, dass die Verhandlungsmacht eines Koalitionspartners umso größer ist, über je mehr Koalitionsoptionen dieser verfügt.

III. „Wer mit wem“? Anfragen an die Koalitionstheorie

Können aus politikwissenschaftlichen Koalitionstheorien auch Erkenntnisse darüber gewonnen werden, mit wem die Grünen in Zukunft am ehesten koalieren werden? Die theoretische und empirische Koalitionseforschung konzentriert sich bei der Frage, wie die Bildung und die Stabilität von Regierungskoalitionen erklärt werden können, vor allem auf zwei Variablen (vgl. Laver/Shepsle 1996; Müller/Strøm 2000; Müller 2004; Shofield/Laver 1985): die Ämterverteilung zwischen den Koalitionspartnern und deren politisch-ideologische Nähe. Personalpolitische Faktoren werden zwar als wichtig erkannt, aber hinsichtlich der Regierungsbildung nur selten systematisch behandelt. Die vermutete Reaktion der Wähler und insbesondere der Parteimitglieder auf Koalitionsebildungsprozesse werden erstaunlicherweise fast vollständig ignoriert. Diese Faktoren spielen für eine Partei wie die Grünen jedoch ebenfalls eine wichtige Rolle.

III.1. Ämtermaximierung

Eine der wichtigsten koalitionstheoretischen Annahmen lautet, dass Parteien *office-seeker* sind, d.h. die Anzahl der zur Verteilung anstehenden Regierungsämter zu maximieren suchen. Folglich sind nach Anzahl der beteiligten Parteien („minimal-winning“) oder nach Sitzanteilen („minimum-winning“) nur kleinstmögliche Gewinnerkoalitionen zu erwarten, während eine „oversized coalition“ wie zur Zeit in Deutschland tendenziell instabil sei. Was bedeutet dies für die aktuelle politische Situation in Deutschland?

Zunächst ist darauf zu verweisen, dass sich Union und SPD bei der Ämterverteilung gegenüber der Großen Koalition nicht sehr viel besser stellen, wenn die kleinen Koalitionspartner in einem möglichen 3er-Bündnis auf je drei Ressorts beharren. Der Anreiz zur Beendigung der Großen Koalition ist jedoch für die SPD größer als für die Union, da die SPD aufgrund ihrer aktuellen Schwäche nur in einem Dreier-Bündnis den Kanzler stellen kann. Folglich müsste die SPD bei der Ämterverteilung zu mehr Zugeständnissen bereit sein als CDU/CSU, also Grünen und FDP für eine Ampel-Koalition mehr bieten als die Union den beiden kleinen Parteien für ein Jamaika-Bündnis. Wenn man weiterhin annimmt, dass die Hürden für eine Ampel-Koalition für die FDP, für eine Jamaika-Koalition aber für die Grünen besonders hoch sind, kann mit dem Argument der Ämtermaximierung aber auch vermutet werden, dass die Union den Grünen für eine Jamaika-Koalition vielleicht drei Ressorts anbieten würde, der FDP aber nur zwei bzw. die SPD der FDP für eine Ampel mehr zugestehen müsste als den Grünen. Ein von den Grünen oder der FDP erhoffter Lagerwechsel muss von der Kanzlerpartei also mit mehr oder „besseren“ Regierungsämtern prämiert werden, so dass unter dem Aspekt des *office-seeking* für die Grünen eine Jamaika-Koalition die attraktivere Option wäre.

III.2. Programmatish-inhaltliche Nähe

Mit den angesprochenen Hürden für die Grünen und die FDP, in das vermeintlich „andere Lager“ zu wechseln, ist ein weiterer zentraler Aspekt von Koalitionsbildungsprozessen angesprochen: die politisch-inhaltliche Übereinstimmung der Parteien. Theoretisch ist zu erwarten, dass sich nur sog. „minimal-connected-winning“-Koalitionen bilden, also Bündnisse, die möglichst wenige Parteien mit einer möglichst hohen po-

litischen Übereinstimmung umfassen. Sollten aus arithmetischen Gründen nur Dreier-Konstellationen möglich sein, wird jede Partei versuchen, diejenige Konstellation zu erreichen, in der sie die pivotale Stellung einnimmt (also „in der Mitte“ steht), weil nur so die eigenen politischen Positionen maximiert werden können. Problematisch an dieser Annahme ist, dass oft unklar ist, wie die programmatische Übereinstimmung zwischen Parteien einzuschätzen ist und in welchen Politikfeldern diese „Mitte“ zu suchen ist. Geht man realistisch von einem mehrdimensionalen politischen Raum aus, können sich hier ganz unterschiedliche Konstellationen ergeben (s.u.). Folgt man zur Ermittlung programmatischer Schnittmengen von Parteien der Methode einer quantitativen Auswertung von Wahlprogrammen mit Hilfe einer „wordscore“-Analyse, kann man zu dem Ergebnis gelangen, dass die Bildung einer Jamaika-Koalition unwahrscheinlicher sei als die einer Ampel, während ein rot-rot-grünes Bündnis die geringsten inhaltlichen Differenzen aufweise (Linhart 2006; Proksch/Slapin 2006). Letzteres hingegen wird von der SPD – zumindest im Moment – auf Bundesebene ausgeschlossen und ist auf Grund der außen-, europa- und sozialpolitischen Forderungen der Linkspartei als eher unwahrscheinlich anzusehen. Die Bildung eines Linksbündnisses könnte für die Grünen aber auf Landesebene eine interessante Option sein (s.u.).

III.3. Verfügbarkeit über geeignetes Personal

Spricht man mit koalitionerprobten Praktikern, spielt die „Schnittmengentheorie“ nur eine untergeordnete Rolle für die Koalitionsbildung. Viel wichtiger sei die „Chemie“ zwischen den zentralen Personen einer möglichen Koalition.² Angesichts des hohen methodischen Aufwands, mit dem in der quantitativen Forschung mögliche programmatische Übereinstimmungen zwischen Parteien ergründet werden, ist dies ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie sehr sich Politik und Politikwissenschaft in Deutschland voneinander entfernt haben. Dass personalpolitische Entscheidungen in hohem Maße das politisch-inhaltliche Profil einer (Koalitions-)Regierung bestimmen, ist jedoch von der vergleichenden Kabinettsforschung theoretisch begründet und empirisch belegt worden (Laver/Shepsle 1996, 2000). Folglich sind die Verfügbarkeit von Parteien über „ministrable“ Personen, deren politisches Profil und deren Fähigkeit und Bereitschaft, mit zentralen Akteuren potentieller Koalitionspartner

auf längere Zeit zusammenarbeiten zu können, weitere wichtige Determinanten für Koalitionsbildungsprozesse.

Konkret bedeutet dies: Wenn die Grünen z.B. wieder das Außenministerium beanspruchen wollen, müssten sie eine für dieses Amt profilierte Persönlichkeit vorschlagen, die von verschiedenen potenziellen Kanzlern akzeptiert werden kann. Zwar wird das zweite Kriterium z.B. von Renate Künast und Fritz Kuhn erfüllt, beide sind bislang aber kaum als profilierte Außenpolitiker in Erscheinung getreten. Der aktuell sichtbarste außenpolitische Akteur der Grünen, Jürgen Trittin, ist hingegen als Außenminister weder an der Seite Angela Merkels noch Frank-Walter Steinmeiers vorstellbar. „Erst Sachfragen, dann Personalfragen“ ist ein bei den Grünen häufig gebrauchter Slogan, koalitionstheoretisch ist dieser aber ebenso unsinnig wie er strategische Weichenstellungen blockieren kann.

III.4. Reaktion der Wähler und Parteimitglieder auf Koalitionsentscheidungen

Erstaunlich unterbelichtet ist in der Koalitionsforschung der Umstand, dass Parteien bzw. deren Führungsspitzen die Reaktionen ihrer Anhänger auf die Bildung möglicher, v.a. überraschender Koalitionen, in ihr Kalkül mit einbeziehen werden. Eine Partei wird strategische Koalitionsentscheidungen somit auch anhand der Überlegung treffen, inwiefern dieses Bündnis mit einem möglichen Verlust bisheriger oder vielleicht einem Gewinn neuer Wähler einhergehen kann. Folglich muss eine Koalition für die beteiligten Parteien die Möglichkeit zur eigenständigen Profilierung bieten. Bei den Grünen kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Bei einer Partei, die aufgrund ihrer Genese eng mit der Idee der Basisdemokratie verknüpft ist, muss jede Regierungskoalition erst einmal das Nadelöhr einer Parteitagsabstimmung passieren. Da im Gegensatz zu anderen Parteien bei den Grünen durchaus die „Gefahr“ besteht, dass Beschlussvorlagen des Parteivorstandes von der Parteibasis abgelehnt werden, sind insbesondere eine Jamaika-Koalition, abgeschwächt auch ein rot-rot-grünes Bündnis nur mit erheblichen Überzeugungskosten gegenüber dem jeweils widerstrebenden Parteiflügel durchzusetzen. Problemlos akzeptiert würde wohl nur die Bildung einer Ampel-Koalition.

IV. Ampel, Jamaika oder Linksbündnis? Die Grünen zwischen Zumutung und Profilierungschance

Welche Schlussfolgerungen lassen diese Überlegungen hinsichtlich der Frage zu, mit welchen Chancen und Risiken die Bildung einer Ampel-, einer Jamaika- oder einer rot-rot-grünen Koalition für die Grünen verbunden wären? Da von den genannten vier Faktoren das Prinzip der Ämtermaximierung und die Verfügbarkeit über geeignetes Personal vergleichsweise leicht zu kalkulieren sind, konzentriert sich die folgende Analyse auf die Problematik der inhaltlichen Nähe zwischen den Parteien und die mögliche Reaktion der Grünen-Anhänger auf die Realisierung verschiedener Koalitionsmöglichkeiten.

Die oben angesprochene Annahme, dass eine Partei in einem Bündnis mit mehr als zwei Parteien diejenige Koalition anstreben wird, in der sie die Mittelstellung einnimmt, trifft auf das Problem, dass der bundesdeutsche Parteienwettbewerb mehrdimensional strukturiert ist. Nach einer zweidimensionalen Darstellung³ der programmatischen Verortung der Parteien (Schaubild 1) nehmen die Grünen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine für die Koalitionsbildung günstige Mittelstellung ein. Diese Positionierung ist der Grund dafür, weshalb die Grünen über eine Koalitionsoption mehr als FDP und Linkspartei verfügen. Koalitionsstrategisch ist es somit nahe liegend, diese Position beizubehalten. Eine linke oder wirtschaftsliberale Profilierungsstrategie wäre hingegen nicht sinnvoll, denn damit würden die Grünen eine Koalitionsoption verlieren, ohne an Profil zu gewinnen, denn linker als die Linkspartei und neoliberaler als die FDP werden die Grünen nicht werden (können). In der Gesellschaftspolitik ergibt sich ein anderes Bild: hier sind die Grünen die Polpartei, und in diesem Themenspektrum, das man mit der Umweltpolitik ergänzen müsste, liegt das distinkte Profil der Grünen. Folglich könnten die Grünen mit einer Bewegung „nach oben“, d.h. einer Abschwächung ihrer libertären gesellschaftspolitischen Positionen, zwar ihre Koalitionsfähigkeit mit den Unionsparteien erhöhen, sie würden damit aber weitgehend ununterscheidbar von der SPD und damit ihre Existenzberechtigung in Frage stellen. Eine Betrachtung des zweidimensionalen Parteienwettbewerbs zeigt also, dass es für die Grünen wenig Grund gibt, ihre aktuelle programmatisch-inhaltliche Position zu verändern. Mit welchen Implikationen sind vor diesem Hintergrund die drei angesprochenen Koalitionsoptionen für die Grünen behaftet?

IV.1. Ampel-Koalition

Die Ampel ist für die Grünen auf den ersten Blick die „angenehmste“ Variante. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik nehmen die Grünen eine Mittelposition ein, so dass hier kaum schmerzhaft Kompromisse zu erwarten sind. Vorteilhaft für die Grünen ist insbesondere, dass mögliche „neoliberale Zumutungen“ der FDP leicht mit Hilfe der SPD gestoppt werden können. Auch unter dem Aspekt der innerparteilichen Durchsetzbarkeit und hinsichtlich der Akzeptanz bei ihren Wählern ist die Ampel die Konstellation mit dem geringsten Konfliktpotential. Problematisch für die Grünen ist jedoch die geringe Möglichkeit zur eigenständigen Profilierung. Eine solche wird v.a. in den für die Grünen wichtigen gesellschaftspolitischen Themen nicht leicht fallen, weil SPD und FDP hier ähnliche Positionen vertreten. Nur in der Umweltpolitik könnten die Grünen Profil zeigen und dieses weiterentwickeln.

IV.2. Jamaika-Koalition

Genau umgekehrt verhält es sich bei der Jamaika-Koalition. Hier stünden die Grünen am Rand des innerkoalitionären Spektrums, d.h. es bestünden große Profilierungschancen, und zwar in beiden Dimensionen. Problematisch für die Grünen wäre aber, dass manch aggressive Forderung der FDP in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr automatisch von der SPD neutralisiert würde. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass Zumutungen der Liberalen auch mit Unterstützung des sozialpolitischen Flügels der CDU moderiert werden könnten. Die größten Konflikte mit der Union sind allerdings in der Gesellschaftspolitik zu erwarten. Günstig für die Grünen ist jedoch, dass sie bei diesen Themen mit der FDP zumindest teilweise einen Verbündeten gegen die Union hätten. Einmal angenommen, die Grünen könnten in einer Jamaika-Koalition von den für sie wichtigen Forderungen genauso viel umsetzen wie in einer Ampel-Koalition, dann wäre für die Grünen auf Grund der besseren Profilierungschancen ein Jamaika-Bündnis wohl vorzuziehen. Dies umso mehr, wenn man die oben angesprochene Logik der Ämterverteilung und den damit verbundenen „höheren Preis“ für die Grünen mit einbezieht. Einen grünen Außenminister und Vizekanzler wird es – wenn die Grünen personalpolitisch überhaupt darauf vorbereitet sind (s.o.) – jedenfalls eher mit Jamaika als in einer Ampel geben. Ob aber die Grünen Wähler- und Mitgliederbasis mit einer solchen „machtpolitischen“ Argu-

mentation überzeugt werden kann, ist angesichts der in dieser Hinsicht unklugen Kommunikationsstrategie der Parteiführung („Inhalte gehen vor Macht“) zu bezweifeln.

IV.3. Rot-Rot-Grün

Eine rot-rot-grüne Koalition wird wiederum bei der grünen Basis auf mehr Unterstützung treffen als eine Jamaika-Koalition, auch wenn ein Linksbündnis bei den Grünen-Anhängern weniger beliebt ist als eine Ampel. Neben der realpolitischen Unwahrscheinlichkeit wäre ein Linksbündnis aber auch mit erheblichen Schwierigkeiten für die Grünen verbunden. Zum einen stellt sich die Frage, wie die dem Bündnis 90 entstammenden Bürgerrechtler mit Vertretern der SED-Nachfolgepartei zurecht kommen sollen. Außerdem müssten die grünen Koalitionspolitiker die populistisch überzogenen, aber auch bei Grünen-Wählern nicht unpopulären außen- und sozialpolitischen Forderungen der Linkspartei zurückweisen. Da außerdem zu vermuten ist, dass die SPD dem von der Linkspartei aufgebauten sozialpolitischen Druck nicht gänzlich standhalten wird, wäre schließlich auch das Thema nachhaltige Haushaltspolitik für die Grünen als Profilierungsthema dauerhaft verloren. Schließlich ist anzunehmen, dass eine Koalition mit der Linkspartei die Machtposition des linken Flügels innerhalb der Grünen stärken würde, mit der Konsequenz, dass auf Parteitagern verstärkt nicht zu erfüllende Forderungen beschlossen würden, die wiederum massive Enttäuschungen hinsichtlich der tatsächlichen Regierungspolitik hervorrufen müssen – sich also genau diejenigen Konflikte wiederholen werden, die die Grünen bereits in den ersten Jahren der rot-grünen Regierung austragen mussten. Interpretiert man die innerparteilichen Konflikte nach dem Regierungseintritt 1998 als „Lernen unter Stress“ (Egle 2003), würde die mühsam errungene Regierungsfähigkeit im Zuge einer (partiellen) Anpassung an die Linkspartei schrittweise wieder zunichte gemacht.

V. Doppelte Öffnung oder ewige Opposition?

Erscheint die Bildung einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene für die Grünen, insbesondere für die Partielite, also wenig attraktiv, gilt dies nicht unbedingt für die Landesebene. Dort spielen die besonders „regierungsuntauglichen“ Positionen der Linkspartei keine oder eine nur

untergeordnete Rolle. Am offensichtlichsten ist dies in der Außen- und Europapolitik, aber auch Teile der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind auf Landesebene mangels Kompetenzen weniger konfliktanfällig. Vor diesem Hintergrund bietet sich für die Grünen eine Strategie der doppelten Öffnung an: Sie könnte generell gegenüber Union und FDP, auf Landesebene aber auch gegenüber der Linkspartei koalitionsbereit sein. Auf diese Weise, so die zentrale These dieses Beitrages, könnten die Grünen sowohl ihre Chancen auf eine Regierungsbeteiligung maximieren, als auch die innerparteilichen Konflikte und elektoralen Risiken einer koalitionspolitischen Neuausrichtung minimieren. Sollten sie in Zukunft aber nur Bündnisse mit der Union schließen, werden sie Wähler (und Mitglieder) nach links verlieren; bei einer Festlegung auf ein Linksbündnis hingegen in der Mitte. Wenn die Grünen aber nach beiden Seiten offen sind, können sie zwar theoretisch nach beiden Seiten verlieren, aber es besteht auch die Möglichkeit, ihre bisherigen Wähler gänzlich zu halten, die in diesen Fragen ohnehin pragmatischer eingestellt sind als die Parteiaktivisten.⁴ Auch für die Angreifbarkeit der Grünen in zukünftigen Wahlkämpfen wäre diese Strategie mit Vorteilen verbunden. Solange die Grünen in Hamburg mit der CDU koalieren und eines Tages mit der SPD und der Linken in einem anderen Bundesland, sind sie weder für einen Anti-Kommunisten-Wahlkampf der CDU verletzlich (wie zuletzt in Hessen), noch für Anfeindungen von SPD und Linkspartei auf Grund eines Bündnisses mit der CDU.

Der gleichen Logik folgend wäre auch für die innerparteiliche Akzeptanz eines Bündnisses mit der CDU eine gleichzeitige Zusammenarbeit mit der Linken von Vorteil und vice versa. Für den linken Flügel ist eine Jamaika-Koalition im Bund eher zustimmungsfähig, wenn durch ein Linksbündnis auf Landesebene signalisiert wird, dass die Grünen keinen „Lagerverrat“ begehen, sondern aus pragmatischen Gründen eben das Bündnis eingehen, für das sie in einer konkreten Situation am meisten geboten bekommen. Und der Realo-Flügel wird rot-rot-grüne Koalitionen (auf Landesebene) nur akzeptieren können, wenn die Regierungsfähigkeit der Grünen auf Bundesebene mit einer anderen Konstellation unter Beweis gestellt und gesichert werden kann.

Diese Strategie der doppelten Öffnung ist jedoch mit nicht zu unterschätzenden Risiken behaftet. Neben dem wohl unvermeidlichen Vorwurf der „Beliebigkeit“ ist hier v.a. anzuführen, dass taktische Wähler mit einer bestimmten Koalitionspräferenz nicht (mehr) wissen können, zu welcher Regierungskonstellation sie mit einer Zweitstimme für die Grünen beitragen und sich deswegen eventuell anderen Parteien zuwen-

den. Da allerdings zu vermuten ist, dass auch die anderen Parteien bei der nächsten Bundestagswahl mit unumstößlichen Koalitionsaussagen vorsichtig umgehen werden, hätten die Grünen hier keinen besonderen Nachteil. Außerdem konnten sie bereits bei der Bundestagswahl 2005 ohne realistische Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung und damit ohne taktische „Leihstimmen“ aus eigener Kraft ein Ergebnis von über 8 Prozent erzielen. Dem Vorwurf der Beliebigkeit wiederum könnte entgegengetreten werden, dass eine koalitionspolitische Inflexibilität fast zwangsläufig zu dauerhafter Opposition führe, was unter dem Aspekt des *policy-seeking*, an dem sich insbesondere die Parteibasis orientiert, die wohl schlechteste Alternative ist.

1 Prämisse dieser Überlegungen ist die Annahme, dass es nach der Wahl 2009 keine Mehrheit für ein Zweierbündnis (außer der Großen Koalition) geben wird.

2 Vom zentralen grünen Koalitionsakteur der vergangenen Jahre, Joschka Fischer, ist diese Einschätzung mittlerweile auch nachzulesen: „Ich war im Laufe meiner verschiedenen Ämter in Parlamenten und Regierungen zu der Ansicht gelangt, dass für die Umsetzung einer Politik die richtigen inhaltlichen Vorgaben lediglich 10-20 Prozent ausmachen. 30 Prozent betreffen Fragen der Zuständigkeit, 50 Prozent aber machen die richtigen Personalentscheidungen aus“ (Fischer 2008: 63).

3 Diese Einschätzung der Parteien basiert auf einer Expertenbefragung. Auf der horizontalen Achse sind Positionen der Parteien hinsichtlich der Frage abgetragen, ob diese für höhere Steuern für höhere Sozialausgaben eintreten oder für Kürzungen von Sozialleistungen, um Steuersenkungen zu ermöglichen. Auf der vertikalen Achse ist die Einstellung der Parteien zu liberaler Gesellschaftspolitik festgehalten, z.B. in Fragen der Abtreibung und der Homosexualität (vgl. Benoit/Laver 2006: 168).

4 Umfragen zufolge begrüßen 73% der Grünen-Anhänger den Versuch einer schwarz-grünen Koalition, nur 15% sind dagegen (Politbarometer April II 2008), und immerhin 55% sprechen sich für ein Linksbündnis auf Landesebene aus (Stern, 5.03.2008).

Literatur

Benoit, Kenneth/Laver, Michael, 2006: *Party Policy in Modern Democracies*, London.

-
- Egle, Christoph*, 2003: Lernen unter Stress: Politik und Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen, in: Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden, 93-116.
- Egle, Christoph*, 2007: In der Regierung erstarrt? Die Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen von 2002 bis 2005, in: Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden, 98-123.
- Egle, Christoph*, 2008: Reformpolitik in Deutschland und Frankreich. Bürgerliche und sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik seit Mitte der 90er Jahre, Wiesbaden, i.E.
- Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut* (Hrsg.) 2003: Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden.
- Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut* (Hrsg.), 2007: Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden.
- Fischer, Joschka*, 2007: Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik - vom Kosovo bis zum 11. September, Köln.
- Key, V. O.*, 1955: A Theory of Critical Elections, in: Journal of Politics 17, 3-18.
- Laver, Michael/Shepsle, Kenneth A.*, 1996: Making and Breaking Governments. Cabinets and Legislatures in Parliamentary Democracies, Cambridge.
- Laver, Michael/Shepsle, Kenneth A.*, 2000: Ministrables and Government Formation: Munchkins, Players and Big Beasts of the Jungle, in: Journal of Theoretical Politics 12, 113-124.
- Linhart, Eric*, 2006: Ampel, Linkscoalition und Jamaika als Alternativen zur großen Koalition, Arbeitspapier Nr. 91 des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung.
- Müller, Wolfgang C.*, 2004: Koalitionstheorien, in: Helms, Ludger/Jun, Uwe (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre, Frankfurt/M., 267-301.
- Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare* (Hrsg.), 1999: Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions, Cambridge.
- Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare* (Hrsg.), 2000: Coalition Governments in Western Europe, Oxford
- Poguntke, Thomas, 1999: Die Bündnisgrünen in der babylonischen Gefangenschaft der SPD? in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen, 83-101.

Proksch, Sven-Oliver/Slapin, Jonathan B., 2006: Institutions and Coalition Formation: The German Election of 2005, in: *West European Politics* 29, 540-559.

Raschke, Joachim, 2003: Die Grünen als Partei der unverkürzten Modernisierung. Zur politischen Strategie mit und ohne Joschka Fischer, in: *vorgänge* 162, 80-88.

Schofield, Norman/Laver, Michael, 1985: Bargaining Theory and Portfolio Payoffs in European Coalition Governments 1945-83, in: *British Journal of Political Science* 15, 143-164.